

sen konfuse und unmögliche Vorschläge, dass wir ihn auch als Postulat nicht akzeptieren können.

Ich bitte Sie deshalb, den Vorstoss von Herrn Carobbio auch als Postulat abzulehnen.

**Blocher:** Ich möchte Sie bitten, diese Motion auch als Postulat abzulehnen. Sie müssen nur den Text genau lesen. Ob Sie für solche neue Steuern sind oder nicht, können Sie wahrscheinlich heute gar nicht entscheiden. Oder können Sie ermessen, was es bedeutet, eine Steuer auf Computern einzuführen? Können Sie die Konsequenz dieses Entschlusses heute überhaupt überblicken? Wenn Sie jetzt diese Motion überweisen, wird es in den nächsten Jahren heissen, der Nationalrat habe eben gewünscht, dass eine solche Steuer eingeführt werde. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge fehlen uns jedoch, um jetzt ein so weitgehendes Postulat zu überweisen. Höchstens den ersten Satz der Motion, es sei ein neues Finanzierungsmodell zu prüfen, könnte man überweisen, aber alles andere können Sie heute nicht überblicken.

Wir bitten Sie, die Motion – auch als Postulat – abzulehnen.

**Präsident:** Nachdem sich das zu einer längeren Diskussion auszuweiten scheint und der Bundesrat, der sich doch zu dieser Motion äussern sollte, nicht anwesend ist, beantrage ich, dass wir die weitere Behandlung dieses Geschäft ver-schieben.

*Zustimmung – Adhésion*

85.544

**Motion Gurtner  
Notzucht. Revision Artikel 187 StGB  
Code pénal. Revision  
de l'article 187 (viol)**

*Wortlaut der Motion vom 17. September 1985*

Bundesrat und Parlament werden aufgefordert, Artikel 187 StGB neu wie folgt zu formulieren:

Wer mit einer Frau gegen ihren Willen den Beischlaf vollzieht, wird mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft.

*Texte de la motion du 17 septembre 1985*

Nous invitons le Conseil fédéral et le Parlement à reformuler l'article 187 CP comme il suit:

Celui qui aura contraint une femme à subir l'acte sexuel sera puni de la réclusion pour deux ans au moins.

*Mitunterzeichner – Cosignataire:* Fetz (1)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Nach geltendem Recht muss nachgewiesen werden, dass der Täter Gewalt anwendete, oder dass er die Frau schwer bedrohte. Oft ist jedoch die vergewaltigte Frau gelähmt (psychisch), weshalb gar nicht mehr körperliche Gewalt angewendet oder gedroht werden muss. Dies ändert jedoch nichts daran, dass der Mann gegen ihren Willen «den Beischlaf vollzog».

Bei Gefängnisstrafen über 18 Monaten kann kein bedingter Strafvollzug mehr gewährt werden. Wegen der Schwere des Verbrechens ist ein Aufschieben der Strafe auch in keiner Weise zu rechtfertigen.

Der neu formulierte Tatbestand erfasst auch die Vergewaltigung in der Ehe.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*

*vom 27. November 1985*

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 27 novembre 1985*

In seiner am 26. Juni 1985 verabschiedeten Botschaft betreffend die strafbaren Handlungen gegen Leib und Leben,

gegen die Sittlichkeit und gegen die Familie hat der Bundesrat zum Anliegen der Motionärin im Sinne einer Ablehnung bereits klar Stellung genommen (vgl. BBl 1985 1071). Der Motionärin bleibt es unbenommen, ihr Anliegen bei der parlamentarischen Behandlung des Tatbestandes über die Vergewaltigung einzubringen.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat empfiehlt, die Motion abzulehnen.

*Abgelehnt – Rejeté*

85.910

**Motion Stamm Judith  
Strafregistereintrag für Jugendliche  
Jugements à l'encontre d'adolescents  
Inscription au casier judiciaire**

*Wortlaut der Motion vom 4. Oktober 1985*

Der Bundesrat wird ersucht, Artikel 361 des schweizerischen Strafgesetzbuches in die vorgesehene Revision des Jugendstrafrechts einzubeziehen und die Eintragungspflicht für Urteile gegenüber Jugendlichen ins Strafregister ganz fallen zu lassen, wie das bei den Kindern bereits der Fall ist.

*Texte de la motion du 4 octobre 1985*

Le Conseil fédéral est invité à englober l'article 361 du Code pénal suisse dans la future révision du droit pénal applicable aux mineurs et à supprimer l'obligation d'inscrire au casier judiciaire les jugements prononcés contre les adolescents, comme c'est déjà le cas pour les enfants.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Blunschy, Braunschweig, Columberg, Fankhauser, Giger, Humbel, Keller, Ruckstuhl, Schmidhalter, Weber-Arbon, Wick, Ziegler (12)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Das schweizerische Jugendstrafrecht befasst sich mit minderjährigen Straftätern von sieben bis achtzehn Jahren. Verfügungen und Urteile gegenüber Kindern (7 bis 15 Jahre) werden nicht ins Strafregister eingetragen, solche gegenüber Jugendlichen jedoch in bestimmten Fällen.

Das Jugendstrafrecht ist seinem Sinn und Gehalt nach kein Straf-, sondern ein Erziehungsrecht. Bei Kindern bis zu 15 Jahren lässt sich die Tatsache des Nichteintrages denn auch immer wieder pädagogisch verwenden als zusätzliches Motiv, von weiteren Straftaten abzusehen. Denn ein Strafregistereintrag wird häufig sowohl von den Heranwachsenden als auch von den Eltern als weitaus gravierender empfunden als die ausgesprochene Strafe oder Massnahme.

Es wäre sinnvoll, auch für die Altersstufe der Jugendlichen (15 bis 18 Jahre) auf jeden Strafregistereintrag zu verzichten. Die heutige Regelung wirkt nicht überzeugend. Es ist nicht einzusehen, warum zum Beispiel die Anordnung einer Erziehungsmassnahme ins Strafregister aufgenommen werden muss, nicht aber die Verpflichtung zu einer Arbeitsleistung. Es kann sich nämlich um zwei Jugendliche handeln, die Straftaten in ähnlichem Umfang begangen haben. Der eine lebt in einem erzieherisch günstigen Milieu, so dass die Behörde nicht eingreifen muss und eine Arbeitsleistung verhängt. Der andere lebt in einem erzieherisch weniger tragfähigen Milieu, so dass ihm zum Beispiel durch die Massnahme der Erziehungshilfe eine längerdauernde Betreuung als Hilfeleistung angeboten wird. Es ist mit dem Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechts nicht vereinbar, dass dieser zweite Jugendliche noch durch den Strafregi-

stereintrag belastet ist, wenn er seine schwierige Phase längst hinter sich gelassen hat.

Die Praxis zeigt auch, dass die Strafbehörden für Erwachsene auf diese Jugendstrafregistrauszüge selten angewiesen sind. Im allgemeinen sind sie auch geneigt, bei jungen, erwachsenen Straftätern die Rechnung wieder bei 0 zu beginnen. Die Belastung, die ein Strafregistereintrag für einen Jugendlichen und seine Eltern darstellt, findet daher durch die Bedürfnisse der Strafrechtspflege keine Rechtfertigung. Die Regelung des Artikels 361 StGB kann ohne Schaden fallen gelassen werden. Insofern geht dieser Vorstoss weiter als die Motion Leuenberger vom 2. Februar 1983.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 20. November 1985*

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 20 novembre 1985*

Die Motion weist auf ein berechtigtes Anliegen hin. Es ist bekannt, dass ein Strafregistereintrag für das spätere Fortkommen eines Jugendlichen oft schwerer wiegt als die Strafe selbst. Die Revisionsbedürftigkeit von Artikel 361 StGB ist unbestritten.

Indes kann sich der Bundesrat im jetzigen Zeitpunkt weder für noch gegen eine ersatzlose Streichung von Artikel 361 StGB aussprechen. Wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 1. Juni 1983 zur Motion Leuenberger bereits ausführte, ist das Problem «Strafregistereintrag von Jugendlichen» in einem weitergehenden Sinne zu prüfen. Entsprechende Aufträge wurden inzwischen erteilt. Herr Professor Schultz wird sich im Rahmen der Prüfung des Dritten Buches (Art. 333 bis 401 StGB) direkt mit dieser Bestimmung befassen; Herr Professor Stettler, mit der Revision des Jugendstrafrechts beauftragt, wird Artikel 361 im Zusammenhang mit Artikel 99 (Löschung des Eintrags im Strafregister) prüfen.

Es empfiehlt sich, die Expertenvorschläge abzuwarten und deshalb die vorliegende Motion dem Bundesrat als Postulat zu überweisen.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

*Ueberwiesen als Postulat – Transmis comme postulat*

85.581

**Motion Christinat**  
**Ausländische Arbeitnehmer. Verteilung**  
**Main-d'oeuvre étrangère. Répartition**

*Wortlaut der Motion vom 30. September 1985*

Wir laden den Bundesrat ein zu prüfen, welche Aenderungen notwendig wären, damit für die bessere und gerechtere Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte in den Kantonen zusätzlich zu den bestehenden Expertenkommissionen kantonale Organe bestellt werden können, in denen die Behörden, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften vertreten sind.

*Texte de la motion du 30 septembre 1985*

Le Conseil fédéral est invité à étudier quelles modifications il faudrait entreprendre afin d'instituer, en plus des commissions d'experts déjà existantes, des organismes cantonaux qui associeraient les représentants des autorités, des employeurs et des syndicats pour une meilleure et plus équitable répartition de la main-d'oeuvre étrangère au sein des cantons.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Bäumlin, Bonny, Borel, Braunschweig, Carobbio, Clivaz, Darbellay, Deneys, Fankhauser, Frey-Neuchâtel, Friedli, Gloor, Hubacher, Jaggi, Longet, Magnin, Neukomm, Revaclier, Robbiani, Rubi, Ruffy, Stappung, Vannay, Weber-Arbon (24)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

La loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers, ainsi que son ordonnance d'application, règlent les problèmes posés par la présence des étrangers exerçant une activité lucrative dans notre pays.

Récemment, le Conseil fédéral, afin de répondre à certaines préoccupations de l'opinion publique, a encore modifié et le nombre d'autorisations et leur répartition dans les différents cantons.

Dans le cadre du chiffre global autorisé, il n'est pas toujours facile de juger si les contingents autorisés correspondent aux nécessités car les points de comparaison manquent.

L'article 6 de l'ordonnance limitant le nombre des étrangers qui exercent une activité lucrative donne comme directives aux cantons la possibilité de «constituer des commissions d'experts appelées à se prononcer du point de vue économique sur les demandes de nouvelles autorisations de séjour». Toutefois, de par leur composition et leurs attributions, ces commissions ne semblent pas être les organismes appropriés pour aider les autorités dans la répartition et l'attribution des travailleurs étrangers aux différents secteurs de l'économie.

Les commissions de surveillance du marché de l'emploi, créées par certains cantons, ne sont pas mieux à même de donner des préavis aux autorités cantonales qui sont habilitées à prendre des décisions finales.

Dès lors, il apparaît clairement que la situation actuelle n'est pas satisfaisante.

Du reste, l'OFIAMT – en réponse au désir de certains offices cantonaux du travail – a établi un intéressant rapport comparatif. Il en ressort nettement que des améliorations sont à envisager dans le domaine de la répartition de la main-d'oeuvre étrangère afin de rendre plus transparente, d'une part, et plus homogène, d'autre part, la réglementation relative aux travailleurs étrangers. Il est aussi curieux d'apprendre que si certains cantons ont établi des règles précises, d'autres n'ont pas de réglementation du tout.

Il est bien évident que le Conseil fédéral tient à respecter notre fédéralisme et qu'il ne désire pas, par voie d'ordonnance, s'ingérer volontairement dans les compétences cantonales, en matière de main d'oeuvre étrangère.

Tout en approuvant ce principe, on doit quand même admettre que - dans le cas des étrangers exerçant une activité lucrative - il serait souhaitable d'arriver à des règles plus claires qui permettraient un minimum d'harmonisation entre les pratiques cantonales, des données comparables et une répartition équitable pour une attribution judicieuse des salariés étrangers.

Une réglementation uniforme éviterait peut-être que certains cantons soient préférentiels et d'autres privilégiés parce que leur façon de procéder est soit trop stricte, soit trop laxiste.

Ce souci est d'ailleurs aussi partagé par l'OFIAMT qui confirme lui-même que «certains cantons n'ont pas de réglementation écrite relative aux étrangers» et que «la pratique en matière d'admission de main d'oeuvre diffère nettement d'un canton à l'autre quant aux détails administratifs».

Dans le domaine des autorisations saisonnières, la situation n'est guère meilleure. «Outre les exigences ayant trait au caractère saisonnier obligatoire des entreprises et à l'activité saisonnière exercée par les travailleurs, il n'existe aucune condition commune», poursuit l'OFIAMT.

On constate donc qu'actuellement l'application de la loi et de l'ordonnance laisse à désirer et que, par conséquent, des améliorations s'imposent.

Le canton de Genève, afin de s'identifier le mieux possible à la législation fédérale, a édicté un règlement d'application concernant la main-d'oeuvre étrangère, qui paraît résoudre

## **Motion Stamm Judith Strafregistereintrag für Jugendliche**

## **Motion Stamm Judith Jugements à rencontre d'adolescents Inscription au casier judiciaire**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1985
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.910
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.12.1985 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2239-2240
Page	
Pagina	
Ref. No	20 013 967

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.